

Gemeinsame Erklärung der Zivilgesellschaft: Staaten, die digitale Überwachungstechnologien zur Bekämpfung von Pandemien einsetzen, müssen die Menschenrechte achten

2. April 2020 (*automatisierte Übersetzung*)

Die COVID-19-Pandemie ist eine weltweite Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit, die eine koordinierte und umfassende Reaktion der Regierungen weltweit erfordert. Die Bemühungen der Staaten, das Virus einzudämmen, dürfen jedoch nicht als Deckel für den Einsatz in einer neuen Ära stark ausgebauter Systeme der invasiven digitalen Überwachung genutzt werden.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, fordern die Regierungen nachdrücklich auf, Führungsstärke bei der Bekämpfung der Pandemie in einer Weise zu zeigen, die sicherstellt, dass der Einsatz digitaler Technologien zur Verfolgung und Überwachung von Einzelpersonen und Bevölkerungsgruppen strikt im Einklang mit den Menschenrechten erfolgt.

Die Technologie kann und sollte bei diesen Bemühungen um die Rettung von Menschenleben eine wichtige Rolle spielen, etwa bei der Verbreitung von Informationen über die öffentliche Gesundheit und bei der Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung. Eine Ausweitung der staatlichen Befugnisse im Bereich der digitalen Überwachung, wie der Zugang zu Standortdaten von Mobiltelefonen, bedroht jedoch die Privatsphäre, die Freiheit der Meinungsäußerung und die Vereinigungsfreiheit in einer Weise, die die Rechte verletzt und das Vertrauen in die Behörden schwächen könnte, was die Wirksamkeit jeglicher Reaktion im Bereich der öffentlichen Gesundheit untergräbt. Solche Maßnahmen bergen auch das Risiko der Diskriminierung und können bereits marginalisierten Gemeinschaften unverhältnismäßig schaden.

Dies sind außergewöhnliche Zeiten, aber die Menschenrechtsnormen gelten nach wie vor. Der Menschenrechtsrahmen soll sicherstellen, dass verschiedene Rechte sorgfältig gegeneinander abgewogen werden können, um den Einzelnen und die Gesellschaft im weiteren Sinne zu schützen. Die Staaten dürfen bei der Bewältigung einer Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit nicht einfach Rechte wie die Privatsphäre und das Recht auf freie Meinungsäußerung missachten. Vielmehr fördert der Schutz der Menschenrechte auch die öffentliche Gesundheit. Heute müssen die Regierungen mehr denn je strikt dafür sorgen, dass jegliche Einschränkung dieser Rechte im Einklang mit den seit langem bestehenden Menschenrechtsgarantien steht.

Diese Krise bietet die Gelegenheit, unsere gemeinsame Menschlichkeit unter Beweis zu stellen. Wir können außerordentliche Anstrengungen unternehmen, um diese Pandemie zu bekämpfen, die mit den Menschenrechtsstandards und der Rechtsstaatlichkeit im Einklang steht. Die Entscheidungen, die die Regierungen jetzt treffen, um der Pandemie zu begegnen, werden das beeinflussen, was die Welt in Zukunft sieht.

Wir fordern alle Regierungen auf, nicht mit einer verstärkten digitalen Überwachung auf die COVID-19-Pandemie zu reagieren, es sei denn, die folgenden Bedingungen sind erfüllt:

1. Überwachungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie müssen rechtmäßig, notwendig und verhältnismäßig sein. Sie müssen gesetzlich vorgesehen und durch legitime gesundheitspolitische Ziele gerechtfertigt sein, die von den zuständigen Gesundheitsbehörden festgelegt werden, und in einem angemessenen Verhältnis zu diesen Bedürfnissen stehen. Die Regierungen müssen in Bezug auf die von ihnen ergriffenen Maßnahmen transparent sein, damit sie überprüft und gegebenenfalls später geändert, zurückgenommen oder aufgehoben werden können. Wir können nicht zulassen, dass die COVID-19-Pandemie als Vorwand für eine wahllose Massenüberwachung dient.

2. Wenn die Regierungen ihre Überwachungs- und Aufsichtsbefugnisse ausweiten, müssen diese Befugnisse zeitlich gebunden sein und nur so lange bestehen, wie es zur Bewältigung der derzeitigen Pandemie erforderlich ist. Wir können nicht zulassen, dass die COVID-19-Pandemie als Vorwand für eine unbefristete Überwachung dient.
3. Die Staaten müssen sicherstellen, dass eine verstärkte Erhebung, Speicherung und Aggregation personenbezogener Daten, einschließlich Gesundheitsdaten, nur zur Reaktion auf die COVID-19-Pandemie verwendet wird. Die zur Reaktion auf die Pandemie erhobenen, auf Vorrat gespeicherten und aggregierten Daten müssen in Bezug auf die Pandemie begrenzt und zeitlich begrenzt sein und dürfen nicht für kommerzielle oder andere Zwecke verwendet werden. Wir können nicht zulassen, dass die COVID-19-Pandemie als Entschuldigung für das Recht des Einzelnen auf Privatsphäre dient.
4. Die Regierungen müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die personenbezogenen Daten zu schützen, einschließlich der Gewährleistung einer ausreichenden Sicherheit aller erhobenen personenbezogenen Daten und aller Geräte, Anwendungen, Netze oder Dienste, die an der Erhebung, Übermittlung, Verarbeitung und Speicherung beteiligt sind. Etwaige Behauptungen, die Daten seien anonym, müssen sich auf Beweise stützen und ausreichende Informationen darüber enthalten, wie sie anonymisiert wurden. Wir können nicht zulassen, dass Versuche, auf diese Pandemie zu reagieren, als Rechtfertigung dafür dienen, die digitale Sicherheit der Menschen zu gefährden.
5. Jeder Einsatz digitaler Überwachungstechnologien als Reaktion auf COVID-19, einschließlich Big Data und Systemen der künstlichen Intelligenz, muss dem Risiko entgegenwirken, dass diese Instrumente die Diskriminierung und andere Rechtsverletzungen gegenüber rassischen Minderheiten, in Armut lebenden Menschen und anderen marginalisierten Bevölkerungsgruppen erleichtern, deren Bedürfnisse und Lebensumstände in großen Datensätzen verdeckt oder falsch dargestellt werden können. Wir können nicht zulassen, dass die COVID-19-Pandemie die Kluft bei der Wahrnehmung der Menschenrechte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen weiter vergrößert.
6. Wenn Regierungen Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung von Daten mit anderen öffentlichen oder privaten Stellen schließen, müssen diese auf Rechtsvorschriften beruhen, und die Existenz dieser Vereinbarungen und Informationen, die erforderlich sind, um ihre Auswirkungen auf die Privatsphäre und die Menschenrechte zu bewerten, müssen – schriftlich, mit Verfallsklauseln, öffentlicher Aufsicht und anderen Garantien – öffentlich bekanntgegeben werden. Unternehmen, die an den Bemühungen der Regierungen zur Bekämpfung von COVID-19 beteiligt sind, müssen die gebotene Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass sie die Menschenrechte achten, und dafür sorgen, dass jegliche Intervention von anderen geschäftlichen und kommerziellen Interessen heimgesucht wird. Wir können nicht zulassen, dass die COVID-19-Pandemie als Vorwand dafür dient, die Menschen darüber im Dunkeln zu halten, welche Informationen ihre Regierungen sammeln und mit Dritten austauschen.
7. Jede Reaktion muss den Schutz der Rechenschaftspflicht und den Schutz vor Missbrauch umfassen. Verstärkte Überwachungsbemühungen im Zusammenhang mit COVID-19 sollten nicht in den Bereich der Sicherheits- oder Nachrichtendienste fallen und müssen einer wirksamen Aufsicht durch geeignete unabhängige Stellen unterliegen. Darüber hinaus müssen Einzelpersonen die Möglichkeit erhalten, über COVID-19-bezogene Maßnahmen zur Erhebung, Aggregation, Speicherung und Nutzung von Daten zu erfahren und diese anzufechten. Personen, die überwacht wurden, müssen Zugang zu wirksamen Rechtsbehelfen haben.
8. Zu den Antworten im Zusammenhang mit COVID-19, die auch Datenerhebungsbemühungen umfassen, sollten Mittel für eine freie, aktive und sinnvolle Beteiligung der einschlägigen Interessenträger, insbesondere der Experten des öffentlichen Gesundheitswesens und der am stärksten ausgegrenzten

Bevölkerungsgruppen, gehören.

Unterzeichner:

7amleh – Arab Center for Social Media Advancement
Access Now
Afrikanische Erklärung über die Rechte des Internets und die
Freiheiten der Koalition AI Now
Algorithmus Watch Alternatif Bilisim Amnesty International
APTI
ARTIKEL 19
Asociacion para una Ciudadania Participativa, ACI Participa
Association for Progressive Communications (APC)
ASUTIC, Senegal
Athan – Organisation der Aktivisten der Freiheit der Meinungsäußerung
Australische Datenschutzstiftung Barracon Digital Big Brother
Watch Bits of Freedom (Barracon Digital Big Brother Watch Bits of
Freedom)
Kampagne für ein handelsfreies Kind
Zentrum für die Förderung von Rechten und Demokratie (CARD)
Center for Digital Democracy Center for Economic Justice
(Zentrum für digitale Demokratie für Wirtschaftsjustiz)
Zentrum für Kommunikationsverwaltung an der Nationalen Rechtsuniversität
Delhi Centro De Estudios Constitucionales y de Derechos Humanos de Rosario
Chaos Computer Club – CCC Citizen D/Drzavljan D CIVICUS
Union der bürgerlichen Freiheiten für Europa
CodigoSur
Codierungsrechte
Coletivo Brasil de Comunicacao Social
Zusammenarbeit bei der internationalen IKT-Politik für das östliche und südliche
Afrika (CIPESA) Comite por la Libre Expresion (C-Libre)
Committee to Protect Journalists Consumer Action Consumer Federation of
America Cooperativa Tierra Comun Creative Commons Uruguay D3 – Defesa dos
Direitos Digitais Data Privacy Brasil
Zentrum zur Unterstützung des demokratischen Übergangs und der Menschenrechte „DAAM“
Derechos Digitales
Stiftung für digitale Rechte
Initiative der Anwälte für digitale Rechte (DRLI)
Digital Rights Watch Digital Security Lab Ukraine Digitalcourage
Digitale Gesellschaft, Schweiz EPIC
epicenter.works
Europäisches Zentrum für gemeinnütziges Recht (ECNL)
Europäische digitale Rechte – EDRi Fitug
Stiftung für Informationspolitik Forschungsstiftung für Media Alternatives
Foxglove Freedom House
Fundación Acceso (Centroamerica)
Fundacion Ciudadania y Desarrollo, Ecuador Fundación Datos Protegidos
Fundación Internet Bolivia Fundacion Taigüey, Republica Dominicana Fundacion
Via Libre

Global Partners Digital
GreatFire.org
Hermes Center
Hiperderecho
Homo Digitalis
Human Rights Watch
Ungarische Gesellschaft für Freiheitsrechte
Impact International for Human Rights Policies
Index der Zensur
Initiative für Netzfreiheit
Innovation für den Wandel – Naher Osten und Nordafrika
Internationale Juristen-Kommission für Menschenrechte (ISHR)
Stiftung für Internetfreiheit
Intervozes – Coletivo Brasil de Comunicacao Social
Ipanetec
IPPF
Irischer Rat für bürgerliche Freiheiten (ICCL)
IT-Politische Vereinigung Dänemarks Juridicum
Remedium z.s. (iure)
Karisma
La Quadrature du Net
Liberianischer Studierendenverband für Informationstechnologie
Freiheit
Luchadoras
Majal.org
Masaar „Gemeinschaft für Technologie und Recht“
Agenda für Medienrechte (Nigeria)
MENA-Gruppe Rechte
Metamorphose-Stiftung
New America ‚s Open Technology Institute‘ (Institut für offene Technologie in New America)
Observacom
Open Culture Foundation, Taiwan Open Data Institute
Open Knowledge Foundation Open Rights Group
OpenMedia
Endgültige Aktion International
Palästinensisches Zentrum für Entwicklung und Medienfreiheit
„MADA“ Pangea
Panoptykon Foundation Paradigm Initiative (PIN)
Pen International Privacy International Public Citizen Public Knowledge
R3D: Rot en Defensa de los Derechos Digitales
RedesAyuda
Aktienstiftung
Skyline International for Human Rights
Sursiendo
Schwedische Verbraucherorganisation
Tahrir-Institut für Nahost-Politik (TIMEP)

Taiwanischer Menschenrechtsverband

Tech-Untersuchung

TechHerNG

TEDIC

Das Bachchao-Projekt Unerwünschter Witness,

Uganda Usuarios Digitales WITNESS

World Wide Web Foundation